

Denkpause



Informationen von Ilka Schröder (MdEP)

Extra
28.09.01

Parteimitgliedschaft abgegeben – Fraktion verlassen

Sonst ändert sich nix!

Nach gut zwei Jahren in der Fraktion »Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament« und acht Jahren in der Partei »B'90/Die Grünen« verlasse ich heute Partei und Fraktion. Nunmehr bin ich parteilose Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Den Grünen bin ich wegen ihrer früheren Grundsätze beigetreten. Es ist offensichtlich, dass die Partei diese Grundwerte heute nicht mehr vertritt. Dies sollte als Begründung für meinen Austritt eigentlich schon reichen. Erklärungen erwarte ich vielmehr von denjenigen, die sich selbst immer noch als »links« bezeichnen, aber dennoch in der Partei ausharren und aktiv für sie werben. Trotzdem fasse ich in dieser DENKPAUSE noch einmal jene Kritikpunkte an den Grünen zusammen, die ich bereits in den letzten Jahren geäußert habe. Weit verbreitet ist nach wie vor das Vorurteil, die Grünen würden zwar nichts verbessern (was zum Teil von Grünen-Gremien auch eingeräumt wird), aber auch nichts schlimmer machen. Diese Annahme ist falsch, denn in allen wesentlichen Politikbereichen hat die Partei der Grünen systematisch Tabus gebrochen, auf denen alle Folgeeregierungen aufbauen dürfen oder müssen: Zum Standardrepertoire deutscher Politik gehören nunmehr genauso Angriffseinsätze deutscher SoldatInnen wie die deutsch geführte Europa-Truppe, Einreisebewilligungen für MigrantInnen in Abhängigkeit von ihrer kapitalistischen Verwertbarkeit und ein Atomkonsens,

der den Handlungsspielraum folgender, eventuell ausstiegswilliger Regierungen massiv einschränkt. Damit hat Rot-Grün das Traumprogramm aller ChristdemokratInnen realisiert, auf die somit ein extrem schwieriger Wahlkampf wartet. Um sich von der Regierungskoalition abzusetzen, muss ihr Programm nun noch kriegerischer und konzernfreundlicher, sozial-, grundrechte- und ausländerfeindlicher sein, als es die rot-grüne Realpolitik bereits heute ist. Und dieses Programm muss nach einem Wahlsieg entsprechend umgesetzt werden.

Meine politischen Positionen werden sich durch meinen Austritt nicht ändern, genauso wenig wie meine Haltung zur Entwicklung der Grünen. Dem geltenden Grundsatzprogramm der Grünen werde ich damit auch in Zukunft weit mehr gerecht, als es jene Abgeordneten tun, die noch in der Mitgliederkartei geführt werden. Schon lange haben politische GegnerInnen bemerkt, wie ich dem informellen Programm der Partei durch meine, aus ihrem Inneren vorgenommene Kritik und Demaskierungsversuche weit mehr geschadet habe, als mir dies mit einem früheren Austritt möglich gewesen wäre. Nicht zuletzt deswegen werden in der Berliner Parteiführung und dem Brüsseler Fraktionsvorstand heute einem Maschinengewehr gleich die Sektorkorken knallen. Doch habe ich den Grünen leider nicht nur geschadet. Meine Aktivitäten haben der Öffentlich-

keit gleichzeitig einen imagefördernden, innergrünen Pluralismus vorgespielt, der schon längst nicht mehr existiert, und den die Partei seit geraumer Zeit mit einem gegen mich gerichteten Parteiordnungsverfahren bekämpft.

Am 09.11.2000 beschloss der Bundesvorstand der Grünen, mich vor dem Berliner Parteischiedsgericht anzuklagen. Begründung: Fehlende Bereitschaft meiner Person, »die Ordnung der Partei ohne Ordnungsverfahren einzuhalten«. Ich reichte meine umfangreiche Entgegnung ein (<https://www.ilka.org/ordnung>), und das zuständige Gericht schlug verschiedene Verhandlungstermine vor. Nur der Bundesvorstand schien plötzlich sein Interesse verloren zu haben. Aufgrund andauernder »Terminprobleme« ist es nie zur Verhandlung gekommen. Genauso wenig hat die Parteiführung – trotz Aufforderung des Gerichts – eine Begründung für die Klage eingereicht. Der Grund: Weder die Bundesvorsitzenden Roth und Kuhn samt Sekretär Bütikofer noch ihre Vorgängerinnen Radcke und Künast konnten ein einziges politisches Argument für ihren Antrag und gegen meine sachliche, politische und polemische Kritik finden, die stets offen und deutlich die jeweils Verantwortlichen – Personen, Parteien und Regierungen – benannt hat.

Ilka Schröder

Neue deutsche Hegemonialambitionen befördert

Das wohl schlimmste Verbrechen der Grünen besteht in der Führung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien an der Seite der UCK. Aufgrund ihrer späten Gründung sind die Grünen in der westdeutschen Politgeschichte die einzige bedeutende Partei, der man keine direkte personelle Kontinuität zum NS-Regime nachsagen kann. Mit genau dieser Qualität verhalfen die Grünen dem Angriffskrieg 1999 zu seiner zentralen Legitimation. Mehr noch: Die deutsche Geschichte wurde umgedeutet zu einem Argument für den Krieg. Genau wegen seiner Verantwortung für den Nationalsozialismus müsse Deutschland diesen Krieg auf dem Balkan führen. Beabsichtigter Effekt: Sich in einem Aufwasch sowohl der alten Feinde auf dem Balkan als auch der lästigen Einzigartigkeit des Holocaust entledigen, also Auschwitz nicht länger als Warnung vor einer deutschen Großmacht gelten lassen, sondern in einen positiven Standortfaktor für weltweites militärisches Engagement verwandeln.

Aus gutem Grund befinden sich im Grundgesetz (Art. 26) und im Strafgesetzbuch (§80) Vorschriften für eine ungewöhnlich harte Bestrafung von Angriffskriegern »mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren« (StGB). In der rot-grün-deutschen Realität beschäftigen sich die Staatsanwälte allerdings lieber mit einem Farbbeutel, der auf den Kopf eines Kriegsherrn geprallt ist, als mit Splitterbomben, die ZivilistInnen zerfetzt haben. Konsequente Kriegsdienstverweigerer werden zu Haft und Geldstrafen verurteilt, wer sich an einem verbrecherischen Angriffskrieg

beteiligt, der bekommt dagegen Pluspunkte in Stimmungsumfragen oder eine Gefahrenzulage. Selbst verbale Kritik am Kriegskurs wird gleichermaßen vom rechten Mainstream wie vom »linken« Flügel der Grünen vor Gericht gebracht. »Wer sicherstellen will, dass Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen. Das Verteidigungskonzept der Bundestagsfraktion bringt nach einer Studie von Professor Reiner Huber von der Bundeswehruni München die qualitativ beste und einsatzfähigste Truppe hervor.« Diese Gedanken äußerte ich in der DENKPAUSE Nr. 7 vom 29.05.2000. Genau diese ehrliche Art, die Verdienste der Grünen öffentlich zu preisen und zu rühmen, ist nun Kernbestandteil des Parteiordnungsverfahrens gegen mich. Dabei habe ich nur wiederholt, wofür die Grünen gerade auch in Bundeswehrkreisen viel Lob eingeheimst hatten. (Quellen: siehe www.ilka.org/ordnung).

Genauso unbeliebt ist bei Grünen und den ihnen nahestehenden Medien die Nennung der Gründe für das deutsche Engagement auf dem Balkan. Die WELT (30.06.2001) dagegen schrieb klipp und klar: Die Balkan-Region ist »ein unerklärtes Protektorat der EU.« Und weiter: »Ja, der Balkan ist unser Hinterhof. Ja, wir haben dort Interessen, für die wir einstehen wollen. Ja, militärische Macht gehört in letzter Konsequenz eben doch zu den Mitteln, diese Interessen und Werte durchzusetzen.« Basierend auf diesen Prämissen lobt das Springer-Blatt die Entschlossenheit der rot-grünen Regierung, die nicht zuletzt durch den Bundeswehreinsatz auf dem

Balkan der EU den Weg zum Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten ebnete; natürlich »nicht zu unserem Schaden«. Seine Ehrlichkeit hätte Autor Nikolaus Blome wahrscheinlich eine Ordnungsmaßnahme gekostet, wäre er Mitglied der Grünen.

Trotz der bekannt gewordenen Lügenkonstrukte, auf deren ideologischer Basis der Jugoslawienkrieg begonnen wurde, gelang es der Bundesregierung, eine EU-Angriffstruppe unter ihrer militärischen Führung aufzubauen. Noch dreister: Der Aufbau der Armee wurde sogar mit den »lessons learned« aus dem Lügenkrieg begründet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die EU-Truppe kein stehendes Heer, jeder Mitgliedsstaat kann im Einsatzfall entscheiden, wann er was in die Schlacht wirft. Absehbar steht hier jedoch eine weitere Vergemeinschaftung bevor, an deren Ende Deutschland vermutlich auch Zugang zu Atomwaffen erhalten wird.

Die Grüne/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament trägt den EU-Militärkurs voll mit. Eine Fraktionskollegin aus Deutschland kritisierte die massive Verletzung einer Grundregel: Es fehle die demokratische Steuerung der militärischen Entwicklung. Folgerichtig fordert sie für das Parlament die volle Mitentscheidungsgewalt über die Außen- und Sicherheitspolitik, wodurch sie der EU-Armee die noch fehlende, grundsätzliche Legitimation verschafft. Dabei steht diese Kollegin noch für die eher militärkritische Minderheit der Fraktion. Was die noch militaristischere Mehrheit will, kann sich jedeR zusammenreimen. ■

Den Atomausstieg erfolgreich verhindert

Die rot-grüne Bundesregierung hat keinen Zeitraum für einen Atomausstieg beschlossen. Nach der Gummi-Vereinbarung zwischen Bundesregierung und AKW-Betreibern können die letzten deutschen AKW genauso gut im Jahr 2020 vom Netz gehen wie erst im 22. Jahrhundert. Was alleine zählt, ist die insgesamt produzierte Atomstrommenge.

Falls es also zu Absatzproblemen beim Atomstrom käme (z.B. durch erfolgreichere Kampagnen der Grünen für Ökostromverträge), dann würden zwar einzelne AKWs abgeschaltet, die nicht produzierte Strommenge – und damit Laufzeit wie Dauer des Risikos – jedoch auf andere AKW übertragen. Im »Gegenzug« gewährleistet die Bundesregierung »den ungestörten

Betrieb« und verpflichtet sich, »keine Initiative (zu) ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern«. Das gilt natürlich auch für eine – dementsprechend ausgeschlossene – Neubewertung von Gefahren, wie etwa dem zielgerichteten Einschlag eines Passagierflugzeugs in ein AKW.

Best of »Dumme Gans«

»...Heraufsetzung des passiven Wahlalters auf 30 Jahre.«
(EMMA 01/02 2001)

»terror of the Brussels assembly«
(TIME EUROPE 02.04.2001)

»autonom bis zum Anschlag und alles andere als grün hinter den Ohren«
(KOMKRET 5/2001)

»Die Äußerungen die da kommen, sind keine grünen Positionen«
(Renate Künast, in: SPIEGEL 45/2000)

»man habe von Anfang an gewusst, dass es mit Ilka Schröder »nicht klappen würde. So ein Europa-Man dat ist eine schwere Sache.«
Regina Michalik, Landesvorstandssprecherin B90/Grüne Berlin (in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG v. 18.11.2000), war erfolgreiche Gegnerin bei der Aufstellung der ListenkandidatInnen zum Europäischen Parlament und auch die Bewerbung für die Liste zum Abgeordnetenhaus Berlin blieb erfolglos.

»Ultralinke aus Berlin«
(KÖLNER STADTANZEIGER 06.11.2000)

»schillste Revolutzerin gegen die Parteioberen«
(Focus 25/2000)

»Berliner Politikerin bei Krawall in Seattle. (...) In Seattle ist erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg der Ausnahmezustand ausgerufen worden.«
(BERLINER ZEITUNG 03.12.1999)

»Jutta Ditfurth habe ich ertragen, aber das ist zu viel.«
(Ozan Ceyhan, MdEP SPD, in: Focus 43/2000)

»(Schleuserförderung)... passt hervorragend zur bisher geleisteten Arbeit, die ja auf offene Feindschaft zum Volk abzielt.«

»Wenn die Grünen Ilka Schröder nicht schleunigst aus dem EU-Parlament entfernen, muss man annehmen, dass sie sich zur Verbrecherschutzpartei entwickeln, wenn sie es in Teilen nicht schon sind. Nicht nur mir geht das zu weit.«
»Gott sei Dank gibt es nicht mehrere, so jung-dynamische Abgeordnete.«
(aus drei Leserbriefen, veröffentlicht in: PASSAUER NEUE PRESSE)



Der Atomkonsens beschränkt damit nicht nur die Handlungsfähigkeit der jetzigen, sondern auch die einer späteren, eventuell ausstiegswilligen Bundesregierung. Es waren

AtomkraftgegnerInnen um in Feindseligkeiten gegen Frankreich. Mit der Wahrheit hat dies nichts zu tun. Im Gegenteil: Eben diese Grünen selbst wollen den Franzosen noch viel mehr Atommüll schicken. Doch dazu müssen die dortigen Lagerkapazitäten freigeräumt werden, und genau das versuchten die DemonstrantInnen zu stoppen.

die AKW am Wahltag 2002 schon zwei bis drei Jahre stillgestanden, so wäre eine Wiederinbetriebnahme auch für eine atomfreundlichere Nachfolgeregierung schwierig geworden. Es gehört seitens der Grünen schon ein gerüttelt Maß an Realitätsverleugnung dazu, um den existierenden Atomkonsens als historischen Erfolg feiern zu wollen. Selbst ihnen müsste es eigentlich suspekt erscheinen, wenn der Chef der Bayernwerke dem SPIEGEL (19.06.2000) erzählt, er habe »hochmögliche Vertreter der Union« darum gebeten, ihre Kritik am Atomkonsens einzustellen. Die Gründe liegen auf der Hand: Ein Rückzieher der Betreiber hätte es Trittin erlaubt, vorhandene und wirkungsvollere Hebel gegen die Atomkraft (z.B. Verstopfungsstrategie, etc.) erneut in die Hand zu nehmen. ■

»in der Grünen Partei (Jugend) fleißig und engagiert emporgearbeitet hast – um sich schließlich als Hijacker zu entpuppen« (Asocio de Verduloj Esperantistaj, in: OFFENER BRIEF 18.09.2001 !)

»Kind, das nichts von Politik versteht« (Bundesvorstand Grüne in: BERLINER MORGENPOST 20.04.2000)

»...hat nicht mehr alle Tassen im Schrank.« (Mdl. Hessen, CDU, Hans-Jürgen Irmer, in: DILL-KURIER Nr. 5/2000)

»Es gibt keine politischen Gemeinsamkeiten mit Frau Schröder... Mit den abgelassenen Dumtheiten hat sie sich außerhalb der Partei gestellt.«

(Heide Rühle, MDEP Grüne, in: FOCUS 25/2000)

»dümmlich und kontraproduktiv« (Antje Radcke, in: BERLINER MORGENPOST 20.04.2000)

»Brave Mädchen kommen in den Himmel, freche Mädchen kommen überall hin. Aber wohin kommen dumme Mädchen?« (JUNGE FREIHEIT 05.05.2000)

»eine dumme Gans...eine Vollmeise.« (Dietmar Huber, Pressesprecher von Rezzo Schlauch u. Kerstin Müller, in: BERLINER ZEITUNG 20.10.2000)

»Dass man nicht im warmen Nest der Basis sitzen und gleichzeitig zu den Wipfeln der Macht hinaufklettern kann, dringt nur langsam zu der jugendlichen Eurofighterin durch.« (SUDEUTSCHE ZEITUNG 10.06.1999)

»Schon bei der Wahl Schröders gab es Zweifel an der politischen Reife der Studentin.« (SUDEUTSCHE ZEITUNG 02.06.2000)

»verblüffende Professionalität der Jungpolitikerin... gibt gleich eine eigene Monatszeitschrift heraus, eine persönliche Programm- und Kampfschrift« (WESTDEUTSCHE ZEITUNG 20.05.2000)

weder die Übermacht der SPD oder der Atomindustrie noch bestehende Gesetze, die zu diesem vernichtenden Ergebnis beim Atomausstieg geführt haben, sondern in erster Linie eine Front grüner DemagogInnen, welche später sogar die Proteste gegen den Rücktransport deutschen Atommülls aus französischen Wiederaufarbeitungsanlagen in Verruf bringen wollten. Sie deuteten kurzerhand die grünenkritischen Demonstrationen und Blockaden der

Ganz pragmatisch-realistisch hätten der Bundesregierung zahlreiche Möglichkeiten für einen raschen Atomausstieg offengestanden, doch diese scheiden nunmehr aus. Atomfeindlichere Regierungen können die vereinbarten Zusicherungen nicht einfach zurückziehen, atomfreundlichere Mehrheiten können hingegen in einem weiteren Konsens der Industrie noch mehr erlauben. Eine große Chance wurde fahrlässig versiebt: Hätten

Konstitutionellen parlamentarischen Kapitalismus gefördert

»Konsenssuche bedeutet die Teilung der politischen Macht mit demokratisch nicht legitimierten Kräften«, erkennt selbst die nicht wirklich industrie-feindliche oder radikaldemokratische FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (06.09.1999). In den nächsten Wochen wird im Bundestag das Verhandlungsergebnis von Regierung und Atombossen abgestimmt. Anhand des Abnickverhaltens der einzelnen ParlamentarierInnen wird sich augenscheinlich zeigen, wie ernst sie es mit ihrem parlamentarischen Auftrag meinen. Selbst hinsichtlich der wichtigsten, grundlegendsten Fragen der Bundespolitik wurde von Rot-Grün weder mit dem Parlament noch

mit den in Deutschland lebenden Menschen eine Verständigung gesucht. Konsenspartner waren vielmehr Großkonzerne oder deren Lobbyorganisationen. Sicher, jene nicht einmal nach bürgerlichem Demokratieverständnis legitimierten Organisationen hatten bereits vor 1998 einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf das Regierungshandeln. Zum ultimativen Sinnbild dieser Demokratievariante stilisierte sich schließlich Ex-Kanzler Kohl höchstpersönlich, indem er sein Ehrenwort gegenüber der Industrie (die SpenderInnen nicht zu nennen) wichtiger nahm als ein Ehrenwort gegenüber dem Parlament (auf das Grundgesetz). Diese Degeneration des

kapitalistischen Parlamentarismus zu einem konstitutionellen parlamentarischen Kapitalismus wurde dabei von den Grünen bewusst ignoriert, was wiederum nur zu konsequent in den Chor grüner Rufe nach mehr zivilgesellschaftlicher Einbindung passt. Als Freundesbund informeller, marktgestützter Demokratie, die im Zweifelsfall besser ohne lästige Abstimmungen und mit geschlossenen Türen auskommt, macht Rot-Grün folgerichtig aus IndustrievertreterInnen und zahlenden LobbyistInnen völlig gleichberechtigte VerhandlungspartnerInnen des Staates – möglicherweise sogar ohne nennenswerte Geldübergaben. ■

Überwachung intensiviert und ausgebaut

Im Jahr 1987 waren die Grünen noch eine der treibenden Kräfte des Widerstands gegen die Volkszählung. 14 Jahre später trägt die Partei die Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV) mit. Selbst einer der fortschrittlichsten Grünen rechtfertigt ein G10-Gesetz (»ist besser als sein Ruf«, »enthält wesentliche Verbesserungen«). Diese neuen Überwachungsinstrumente lassen die damaligen Bedenken der Bevölkerung wie blanke Paranoia erscheinen lassen. Durch die stark angewachsenen Potentiale elek-

tronischer Datenverarbeitung sind die persönlichen Bits und Bytes von Menschen heute zu Herrschaftswissen im eigentlichen Sinne geworden. Der Schutz dieser Daten hat daher zwar noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen, doch in der Öffentlichkeit herrscht weiterhin das Vorurteil, die Grünen würden auch heute noch dieses Ziel verfolgen. Nur – das Gegenteil ist der Fall: Nicht nur unter Duldung, sondern mit aktiver Unterstützung von Grünen verschiedener europäischer Länder sollen auf EU-Ebene schon bald Pläne für elektroni-

sche Überwachungssysteme umgesetzt werden, die das Ende der Privatsphäre für all jene Personen bedeuten, die mit Hilfe von Telefon, Internet oder sonstigen elektronischen Mitteln kommunizieren. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt das am 21.09.2001 von Volker Beck und Cem Özdemir vorgelegte Papier »Sicherheit herstellen und Freiheit verteidigen« dar, mit dem die beiden Bundestagsabgeordneten sich unverhohlen das Ziel »effektiv« arbeitender Geheimdienste zu eigen machen. ■

Weitere Abschottung der Festung Europa

» **U**ns geht es darum, Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Ausländerrecht zu vermeiden...« Mit diesen Worten verabschiedete sich der grüne Parteirat am 03.09.2001 offiziell von längst erledigten Vorstellungen, die Grünen würden wenigstens auf dem Gebiet des Einwanderungsrechtes irgendetwas verbessern. Ihren Beitrag zu den Verschlechterungen versuchen sie hingegen noch zu leugnen. Eine unangebrachte und falsche Bescheidenheit, wie ich finde.

Nach dem Sommer der Staatsantifa 2000 hätten es viele gerne vergessen, aber dann war es der grüne Bundesvorstand selbst, der zusammen mit Marieluise Beck darauf aufmerksam machte, was in der deutschen Migrationspolitik noch fehlte: »Ein transparentes und offenes Verfahren, in dem Verbände ihre Interessen anmelden können und in dem diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen zum Ausgleich gebracht werden...«. Per Parteitagebeschluss folgte die Basis ohne Widerworte: »Nur so kann aber auch über wirtschaftliche Planungsdaten und arbeitsmarktpolitische Bedenken in einem transparenten Verfahren beraten werden.« Übersetzt heißt dies: Nach dem Willen der Grünen soll alleine die Verwert-

barkeit des Humankapitals für den Wirtschaftsstandort Deutschland über eine Einreiseerlaubnis entscheiden. Der grünen Einwanderungspolitik gelingt es so, den deutschen Rassismus von einem völkischen in einen sozioökonomischen Rassismus weiterzuentwickeln. Den Bewertungskriterien Herkunft und Hautfarbe wird also noch das des aktuellen kapitalistischen Nutzwertes beigelegt. Dies trifft natürlich vor allem all die »unnützen« MigrantInnen, aber auch obdachlose, arbeitslose oder alternative Deutsche dürfen sich schon heute mit den gewalttätigen Ausflüssen dieser Ideologie auseinandersetzen.

Entsprechend ihrer Kriterien für die Hierarchisierung von Menschen tragen die Grünen natürlich auch die immer schärfere Abschottung der Ostgrenze mit Flüchtlinge und ihre HelferInnen müssen sich immer gefährlichere Methoden ausdenken, um doch noch nach Deutschland zu gelangen. Den Kampf gegen FluchthelferInnen führt die rot-grüne Koalition natürlich nicht nur grenzpolizeilich, sondern auch ideologisch. Manche der leidenschaftlichsten Abschottungs-Verfechter greifen dabei offensichtlich auf ihre K-Gruppen-Erfahrungen von vor 20-30 Jah-

ren zurück, als sie gegen Wirtschaftsflüchtlinge und politisch Verfolgte aus der DDR hetzten.

Wenig überraschend konnte ich in diesem Umfeld kaum FreundInnen für meine Forderungen nach einer Subventionierung der Schleuserbranche an den EU-Außengrenzen gewinnen. Die deutschen Grünen argumentierten im bekannten Stil dagegen. »Dümmlich und kontraproduktiv« verlautete es aus dem Bundesvorstand, der mit dem zweiten Teil seines Statements natürlich recht hatte: Die Fluchthilfeförderung widerspricht dem Bemühen der Regierung um die Abschottung der Grenze gegen schlecht verwertbare Menschen.

Auf diesem Gebiet lassen sich im gesamtgesellschaftlichen Spektrum in Brüssel leichter Erfolge erzielen als bei den deutschen Grünen: In Rat, Kommission und Parlament spricht man jetzt immerhin über einen Gegensatz von ehrenamtlicher zu kommerzieller Fluchthilfe. Das ist natürlich zu wenig: Ebenso wenig wie alle ÄrztInnen böse sind, die sich für ihre Behandlungen bezahlen lassen, sind es pauschal die SchleuserInnen, die ihre Profession zwar ohne Gewerbeschein aber dennoch erwerbstätig ausüben. ■

»Ohne Fischer wäre sie doch gar nicht so weit gekommen.«
(Heide Rühle, MdEP
Grüne, in: TAGESPIEGEL
27.06.1999)

»...ähnlich manchen
Traumgeburten im Roman
"Solaris", zu einer
Schreckensfigur für ihre
Kollegen geworden.«
(BERLINER ZEITUNG
25.10.2000)

»Spitzenkandidatin«
(FRANKFURTER RUNDSCHAU
23.10.2000)

»QuerulantIn«
(BERLINER ZEITUNG
18.07.2001)

»...schürt Klamauk,
Krawall und Gewalt«
(Paul Breuer, MdB CDU,
Presseerklärung
21.07.2000 wegen
Unterstützung der Anti-
Gelöbnis-Proteste)

»Unsere Wählerinnen und
Wähler verstehen es nicht,
wenn Grüne so viele ver-
schiedene Positionen
vertreten.«
(Heide Rühle, MdEP
Grüne in: TAGESPIEGEL
13.06.2000)

»...dabei hatte Schröder
doch nur vorgetragen, was
schon einmal zu den politi-
schen Basics der Öko-Bellizi-
sten gehört hatte.«
(JUNGLE WORLD
26.04.2000)

Verteilung von unten nach oben

In der Sozialpolitik lassen die Grünen als Triebfeder des Sozialabbaus selbst die Liberalen neidvoll erblassen. Was sich die SPD als Volkspartei nicht immer leisten will, wird von den Grünen lockerflockig als Reform verkauft und durchgesetzt. So werden Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit als individuelle Fehlleistungen stigmatisiert, für die keine gesellschaftliche Solidarität mehr zu erwarten ist.

Selbst mit ihrer Hetze gegen FaulenzerInnen haben Bundeskanzler und Kriegsminister kein Neuland betreten, auf dem die Grünen nicht schon lange warten würden. Denn bereits 1999 schrieb die grüne Bundestagsfraktion im Schatten des Kosovo-Krieges in ein Positionspapier: »Neuen Angeboten für Arbeitslose werden aber auch Pflichten gegenüber stehen.« Auch in den Richtlinien zur Durchführung

des JUMP-Programms war der Arbeitszwang bereits enthalten: »Bei Jugendlichen, die Sozialhilfe beziehen, hat das Arbeitsamt im Falle einer unbegründeten Verweigerung der Teilnahme oder des unbegründeten Abbruchs von Maßnahmen (...) den Träger der Sozialhilfe zu unterrichten. Dieser prüft, ob der Anspruch zur Hilfe auf Lebensunterhalt (...) zu kürzen ist.« Genau in diesem ideologischen Fahrwasser hetzt der Kriegsminister natürlich nicht ohne Grund gegen FaulenzerInnen: Das Bundesverfassungsgericht wird wohl demnächst die Allgemeine Wehrpflicht aufheben. Sicher gut für die Angriffsfähigkeit der Armee, doch muss gleichzeitig der Boden dafür bereit werden, danach arbeitslose Jugendliche anstelle von Zivildienstleistenden zur Zwangsarbeit in den Pflegeanstalten zu verdonnern.

Ob Arbeitsmarktpolitik, ob Rentenreform – die Nachteile von Rot-Grün gegenüber der alten Regierung treten stets gut sichtbar zu Tage. Wollte Blüm noch die unteren Einkommensklassen begünstigen, so fließt die steuerliche Privatrentenförderung vor allem in die Kassen mittlerer und höherer Einkommensklassen. Doch die eigentlichen GewinnerInnen der rot-grünen Rentenreform sind damit noch nicht benannt – die privaten FinanzdienstleisterInnen. Ihnen winken die blühendsten Geschäfte, ebenso wie den ArbeitgeberInnen, denn deren Beitragsentlastung zahlen die ArbeitnehmerInnen. Damit sind die idealen Voraussetzungen geschaffen für die nächste Konsensgesprächsattacke der rot-grünen Regierung auf die paritätische Finanzierung der Sozialversicherung. ■

Eine Kommentierung der
seit dem 11. September
eingetretenen Ereignisse
liefert die nächste
Denkpause in einigen
Wochen – oder bruch-
stückhaft
<https://www.ilka.org>

Wer die Denkpause in
Zukunft nicht mehr
haben will, möge bitte
als InlandszieherIn auf
das Adressetikett der
nächsten, wieder als
Postvertriebsstück aus-
gelieferten Ausgabe
draufschreiben:
»Annahme verweigert.
Zurück!«. Ich streiche
Sie dann aus dem Ver-
teiler. Unerfreute Aus-
landsbezieher oder die-
jenigen, die schon die
nächste Ausgabe nicht
mehr erhalten wollen,
sollten eine kurze Mail
an abodatei@ilka.org
oder Fax 030
20961356 schreiben,
damit wir Sie löschen.